

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 17. Jahrgang, Nr. 3, 10. Februar 2000

Einblicke

Wieder da

Von Ralf Bachmann

Mag sein, dass der schamlose Schlüssel-Kotau vor Haider die Blicke der antifaschistischen Welt zu schnell auf Wien gezogen hat. Was sich am letzten Januar-Samstag in der deutschen Hauptstadt abspielte, darf darüber nicht vergessen werden. Berlins „Salon“, der Pariser Platz, war von 600 Neonazis und NPD-Gefolgsleuten besetzt. Zum ersten Mal seit Hitlers schmachlichem Ende marschierten seine Jünger wieder durchs Brandenburger Tor. Die Umstände, die den Aufzug begleiteten, machen betroffen. Durfte man am Vorabend des Jahrestages der Machtergreifung der Nazis das symbolträchtige Herzstück Berlins jenen überlassen, die zeigen und rufen wollten: „Wir sind wieder da“? Auf allen Fotos sieht das In- und Ausland die kahlgeschorenen Marschierer mit Hintergrund - da mit dem Wahrzeichen der Einheit, dem Brandenburger Tor, da mit dem Wahrzeichen der Demokratie, dem Reichstag, da mit den ersten Bildern des Holocaust-Mahnmals. Das war natürlich so gewollt. Und es fragt sich, ob denn Verwaltungsrichter ihre Urteile in einem politisch luftleeren Raum fällen. HJ-Trommeln waren das Einzige, was das Berliner Obergerverwaltungsgericht untersagte. Dabei wären die hinter dem Wall von schwarz-weiß-roten und Reichskriegs-Flaggen und Sprechchören wie „Deutsche, wollt ihr ewig büßen?“ wohl untergegangen.

Die lange umstrittene Gedenkstätte für Millionen von Deutschen ermordete Juden wirkt, schon ehe der Grundstein liegt, als das, was sie auch sein soll, als Pfahl im Fleische derer, die nichts bereuen. Sie sagen „Schandmal“ und fürchten das Mal ihrer Schande. Sie rufen „Schlacht um die Wahrheit“ und schließen vor ihr die Augen. Als Tage zuvor - ohne Bürgermeister Diepgen, dem die NPD-Losung „Stoppt das Mahnmal“ grell in den Ohren geklungen haben muss - der Baubeginn gefeiert wurde, sagte Bundestagspräsident Thierse „Wir sind es den Opfern schuldig.“ Teil dieser Schuldigkeit ist, Neonazis nie wieder so eine Chance zu lassen.

Ralf Bachmann lebt als freier Journalist in Berlin

Die Fraktion ersetzen

In Magdeburg wollen sich die dem DVU-Chef Gerhard Frey hörigen Landtagsabgeordneten neu zusammenschließen.

Seite 2 ■

Hoffnungslos im Regen

Der derzeitige innerparteiliche Zustand der Republikaner schreckt auch potenzielle Bündnispartner ab.

Seite 4 ■

Politisches Chamäleon

Zu Jörg Haider's Taktik gehört es seit jeher, seinem Publikum nach dem Mund zu reden. In der Regierungsbeteiligung wird die FPÖ jetzt Farbe bekennen müssen.

Seite 5 ■

Mord als Geschäft

Eine Erfurter Firma lieferte Leichenverbrennungsöfen für Auschwitz. Mit der SS wurden beste Beziehungen gepflegt.

Seite 8 ■

Das Soziale besetzen

Die extremen Rechten unter Bruno Mégret haben wieder den Einzug in französische Mieterparlamente geschafft.

Seite 12 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Fraktion im Wechsel**

Aus ehemaligen Magdeburger DVU-Parlamentariern soll eine Frey-treue Fraktion gebildet werden. Gegen zwei der verbliebenen DVU-Abgeordneten sind Parteiausschlussverfahren angekündigt.

Die DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt bröseln weiter vor sich hin. Was eigentlich erfreulich klingen müsste, kann aber den Steuerzahler eine dicke Stange zusätzliches Geld kosten. Denn die vier Abgeordneten, die kürzlich die Fraktion verlassen haben, sind ausgerechnet die, die in Treue fest zum DVU-Parteichef und Münchner Multimillionär Gerhard Frey stehen. Und der zu diesem Quartett gehörende DVU-Landesparteichef Dieter Kannegießer ließ am Tag seines Austritts aus der Fraktion keinen Zweifel daran, dass er alles daran setzen werde, eine parteitreue DVU-Landtagsfraktion zu etablieren. Schwer dürfte ihm das nicht fallen. Schon zuvor hatten fünf andere einstmalige DVU-Abgeordnete der Fraktion die Mitgliedschaft aufgekündigt. Kannegießer will die Bildung der neuen rechtsextremen Landtagsfraktion in den nächsten Tagen anzeigen. Fest steht, dass Veronika Brandt und Gunter Preiß dabei sein werden.

Mehr als fünf sich auf die Bildung einer gemeinsamen Fraktion einig gewordene Abgeordnete braucht es laut Geschäftsordnung des Magdeburger Parlaments nicht, damit das Landtagspräsidium diese als Fraktion mit allen Rechten und Pflichten anerkennt. Vor allem mit Rechten. Denn eine weitere fünfköpfige Fraktion kostet den Steuerzahler durch Funktionszulagen und durch Fraktionsmittel rund 100.000 Mark im Monat, weit mehr als eine Million Mark im Jahr. Was wiederum den Münchner Parteichef besonders freuen dürfte. Denn der meldete sich auch in der Vergangenheit gern regelmäßig per Fax in der Fraktion, um ausstehende Parteispenden der Abgeordneten einzufordern. Nur unter „ungeheuren Opfern der Partei“ seien in Sachsen-Anhalt eine Reihe von Leuten in den Landtag und damit „in den Besitz von bisher kaum vorstellbaren Diäten und Privilegien“ gelangt, heißt es etwa in einem Fax aus der Parteizentrale an die Abgeordneten im Magdeburger Parlament vom 20. Dezember. Er erwarte, dass die Abgeordneten ihre „selbstverständliche Dankesschuld“ ableisten. Und dann wird Frey noch deutlicher, was die

führende Rolle der Partei, zumindest über die Fraktion, angeht. „Ich nehme eine laufende Missachtung der Grundsätze und Ordnung unserer Partei, wie sie auch dem hierdurch bedingten Untergang der Fraktionen in Bremen und Schleswig-Holstein vorausgegangen ist, nicht hin.“

Ihre „selbstverständliche Dankesschuld“ ableisten, das tun die meisten DVU-Parlamentarier bereits seit geraumer Zeit nicht mehr. Denn nach dem Abzug aller Frey-Getreuen unter den Fraktionsmitarbeitern und deren Abordnung nach Brandenburg ist die Kommunikation zwischen München und Magdeburg reichlich gestört. Die DVU-Spitze hat jetzt beschlossen, gegen die Fraktionschefin Claudia Wiechmann und ihren Stellvertreter Helmut Wolf Parteiausschlussverfahren einzuleiten. Claudia Wiechmann hat seit ihrer Wahl im Oktober kein persönliches oder auch nur telefonisches Wort mit dem Parteichef Frey gesprochen. „Der Kontakt läuft allenfalls über das Faxgerät“, sagt sie. Der Autokrat an der Parteispitze in München konnte es offenbar nicht verwinden, dass sich seine Schäfchen gegen ihn aufgelehnt haben, als er ihnen von der Isar aus einen neuen Fraktionschef, nämlich seinen sachsen-anhaltischen Statthalter Dieter Kannegießer aufoktroieren wollte. Erstmals lehnten sich die Magdeburger richtig gegen Frey auf, hielten zunächst einstimmig am bisherigen Fraktionsvorsitzenden Helmut Wolf fest und kürten, als der tatsächlich nicht mehr haltbar war, schließlich Claudia Wiechmann zur neuen Chefin der Fraktion.

Und Fraktionsvorsitzende will sie auch bleiben. Die für die Kannegießer-Fraktion möglicherweise erforderlichen Kosten kann der Steuerzahler deshalb nicht einfach dadurch einsparen, dass die andere Fraktion vom rechten Rand in ein Häufchen fraktionslose Abgeordnete zerfällt. Denn auch der jetzt siebenköpfige Fraktionsrest unter Claudia Wiechmann sieht sich bereits nach einem neuen politischen Background für die parlamentarische Arbeit des noch zweijährigen Restes der laufenden Legislaturperiode um. Dem Vernehmen nach verhandeln Claudia Wiechmann sowie ihr Vater Rudi Wiechmann, parlamentarischer Geschäftsführer, bereits mit der nationalkonservativen Deutsch-Sozialen Union über eine politisch-parlamentarische Kooperation. Die Splitterpartei wäre im Falle einer Einigung dann bereits zum zweiten Mal ohne jegliches Wählervotum im Landtag vertreten. Schon in der ersten Legislaturperiode zwischen 1990 und 1994 war es dieser Partei gelungen, aus Dissidenten von CDU, SPD und PDS vorübergehend eine

eigenständige Landtagsfraktion zu schmieden, die politisch zwar nicht viel bewirkt, die Landeskasse dafür aber viel viel Geld gekostet hat.

Sollte es dazu kommen, hätte die alte DVU- und neue DSU-Fraktion womöglich auch wieder einen richtigen Mitarbeiterstamm. Denn außer dem ehemaligen Marxismus-Leninismus-Professor Günter Bernhard verfügt die Fraktion unter Claudia Wiechmann derzeit fast nur noch über Sekretärinnen und Schreibkräfte. Der sich bereits seit geraumer Zeit abzeichnende Bruch zwischen Frey und seinen parlamentarischen Statthaltern hat dafür gesorgt, dass die Parteizentrale nahezu alle Fraktionsmitarbeiter abgezogen und zum zweiten parlamentarischen Ziehkind Freys nach Potsdam abgeordnet hat.

■ „Dankesschuld“ an Frey verweigert ■

Unter anderem auch Matthias Canis, der im Sommer 1998 als Chef der Leibwächtergarde für die DVU-Abgeordneten im Magdeburger Landtag auftrat und zuvor Chef eines entsprechenden Sicherheitsunternehmens in Niedersachsen gewesen sein soll. Die „laufenden Kleiderschränke“ von Canis, wie einmal ein Abgeordneter der SPD-Fraktion spottete, hatten zu Anfang der Legislaturperiode offenbar den Auftrag, die damals noch 16 DVU-Abgeordneten, die zudem zum größten Teil politisch vollkommen unbedarft waren, vor allzu engen Kontakten mit Parlamentskollegen der anderen Fraktionen, vor allen Dingen aber mit den Medienvertretern zu „beschützen“. Erst nach einer massiven Drohung von SPD-Landtagspräsident Wolfgang Schaefer, den Kleiderschränken Hausverbot zu erteilen, änderte sich der Umgang im Haus. Die Bodyguards verschwanden, Canis wurde vom Sicherheitsbeauftragten zum Organisationsbeauftragten der Fraktion befördert. Schließlich sollte er auch weiterhin den Magdeburger Parlamentariern ebenso auf die Finger schauen wie Fraktionsgeschäftsführer Manfred Gerlach sowie Pressesprecher und Finanzexperte Günther Schwemmer.

Das Verhältnis zwischen Münchner Parteizentrale und sachsen-anhaltischer Landtagsfraktion kann allenfalls Waffenstillstand genannt werden, der aber jetzt beiderseits wieder obsolet ist. Erst kürzlich ist die Abgeordnete Kerstin Helmecke aus der Partei ausgetreten, erklärte aber zugleich ausdrücklich, dass sie Mitglied der Fraktion unter Claudia Wiechmann bleiben werde. Helmecke, die in der jüngsten Zeit für die inoffizielle Kontaktpflege zwi-

schen der Restfraktion und den fraktionslosen Abgeordneten zuständig war, die insbesondere wegen der ständig überhand nehmenden Gängeleiversuche aus München Partei- und Fraktionsmitgliedschaft hingeworfen hatten, begründete ihren Parteiaustritt ebenfalls mit der völlig zum Erliegen gekommenen Kommunikation zwischen München und Magdeburg. Die einzigen Lebenszeichen Freys, die in der Fraktion angekommen seien, seien seine regelmäßigen Geldforderungen gewesen. Das bestätigt auch Claudia Wiechmann. Nach deren Aussage habe lediglich Kannegießer regelmäßig telefonischen Kontakt zu Frey gehabt. „Aber das war nur ein Kontakt mit der Hörmuschel, die Sprechmuschel hat Herr Kannegießer bei solchen Gesprächen nicht benutzt.“ Zugleich weist die Fraktionsvorsitzende den Vorwurf zurück, sie habe Unregelmäßigkeiten in den Fraktionsfinanzen vertuschen wollen. Sie habe die Vorgänge allerdings erst nach Vorliegen des Jahresabschlusses 1999 aufklären wollen, den sie für Ende Februar erwarte.

Unklar bleibt derzeit aber, welche Rolle Matthias Canis spielt. Denn sowohl Dieter Kannegießer als auch Veronika Brandt haben ihren Fraktionsaustritt mit massiven Verstößen von Canis gegen Recht und Gesetz begründet und zudem damit, dass ausgerechnet Claudia Wiechmann versucht habe, diese Verstöße zu vertuschen. In einer Sondersitzung der Fraktion habe sie die Abgeordneten über riesige Finanzlöcher von über 40.000 Mark informiert, sagte Kannegießer nach seinem Austritt aus der Fraktion. Mehr als 17.500 Mark davon soll Canis an die Seite geschafft haben. Zudem soll er über den Zentralrechner der Fraktion kinderpornografische Fotos aus dem Internet heruntergeladen und auch weiterversandt haben. Vorwürfe, über die Claudia Wiechmann ihre Fraktion zum Stillschweigen zu verdonnern versucht habe. Zwar dementierte Canis diese Vorwürfe unmittelbar nach deren Bekanntwerden, verwunderlich ist dagegen, dass sie ausgerechnet von Getreuen des DVU-Parteichefs erhoben werden, dem ja auch Canis treu ergeben ist. Aus Fraktionskreisen wird gemunkelt, dass bereits der damalige Fraktionsvorsitzende Helmut Wolf in München Verdachtsmomente gegen Canis in Sachen Kinderpornografie angesprochen habe, seinerzeit aber von Frey abgebügelt wurde. Ob das so ist oder doch ganz anders, ist derzeit noch im Dunkeln. Kannegießer allerdings sagt offen, dass ein Ermittlungsverfahren gegen Canis in dieser Sache von der Staatsanwaltschaft gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt worden ist. Fortsetzung garantiert.

Eberhard Löblich

Hintergrund**Allein im Regen**

Bei den Republikanern macht heute jeder, was er will - und dies möglichst gegen den Vorsitzenden Rolf Schlierer.

„Wenn dich deine Feinde bekämpfen, ist dies gut und nicht schlecht“, verkündete einstmals der chinesische Bauernphilosoph Mao Ze Dong. Was aber, wenn man den Feinden erst gar keine Gelegenheit dazu gibt, da man diesen die Arbeit einfach abnimmt? Mit dieser neuen „Strategie“ versucht sich die Führung der Republikaner im Vorfeld der anberaumten Strategiekonferenz der Partei. Doch auch wenn der Unterhaltungswert der Riege um Rolf Schlierer inzwischen ausgesprochen gering ist, so liefert sie doch einen anhaltenden Strom an Neuigkeiten, der nur noch die Frage offen lässt, wann die Tage des Parteivorsitzenden gezählt sein werden.

Viel Hoffnung hatte das REP-Präsidium in besondere „Konsens-Gespräche“ gesetzt, die seit vergangenen Herbst geführt wurden, um Gruppierungen, die Schlierer mit seinen Vorstellungen für kompatibel hält, zu einer gemeinsamen Wahlformation zu vereinen. Die Erfahrung der Thüringer Landtagswahlen, dass eine Bündelung der Kräfte keineswegs zu einem besseren Wahlergebnis führen muss, schreckte dabei nicht. Jetzt meldet der an den Debatten beteiligte Alfred Mechtersheimer, die angestrebte Fusion müsse „zumindest vorläufig als gescheitert angesehen werden“ (Frieden 2000, 1/00). Nur Heiner Kappels Bund Freier Bürger (BFB) sei bereit gewesen, „sich zugunsten eines solchen Projektes aufzulösen“. Auch bei der jüngsten Bundesvorstandssitzung in Fulda klammerte sich der BFB weiterhin an dieses Ziel, das in der Tat die einzige Möglichkeit zu sein scheint, das politische Überleben jener inzwischen bedeutungslosen Partei in veränderter Form zu ermöglichen.

Die anderen mitwirkenden Partner zeigten sich wohl, trotz der vorab verbreiteten optimistischen Darstellungen, weitaus skeptischer. Die Hauptschuld für das Misslingen der Vereinigungspläne weist Mechtersheimer dem Erscheinungsbild des stärksten Beteiligten, den Republikanern, zu. Der gescheiterte Alleingang zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein wird ihnen ebenso angekreidet wie die systematische Demontage des Landesvor-

sitzenden von Nordrhein-Westfalen, Burkhard Schmanck, durch die Parteispitze. „Auch weitere negative Vorgänge haben bei den Gesprächspartnern die Sorge bestärkt, dass die Republikaner gerade auch wegen ihres inneren Zustands den Neubeginn zu sehr belasten.“, fasst Mechtersheimer zusammen. So ändern sich die Zeiten: Der einstmals unumstrittene Magnet innerhalb der extremen Rechten, der nach Schlierers Vorstellungen das direkte Umfeld jetzt organisiert anziehen soll, wirkt inzwischen auf die Umworbenen offenbar eher abstoßend. Trotzdem sollen die Gespräche in einem nochmals erweiterten Kreis fortgesetzt werden.

Während Mechtersheimer deutliche Worte zum Zustand der REP findet, übt sich die „Junge Freiheit“ weiterhin in Hofberichterstattung gegenüber der Parteispitze. Redakteur Thorsten Thaler interviewt dort geradezu devot Rolf Schlierer und vermeidet angestrengt jede peinliche Frage. Thema ist folglich nicht der Zustand der REP, sondern die CDU-Spendenaffäre. Doch nicht auf der dritten Seite des Blattes, wo sich zunehmend ganzseitige Interviews mit Rechtsauslegern der Unionsparteien finden, darf sich Schlierer auslassen, sondern nur auf der der Innenpolitik vorbehaltenen, vierten.

Es reißt kaum vom Hocker, dass Schlierer eine Klage gegen das Akzeptieren eines nachgebesserten Rechenschaftsberichts der CDU für 1998 durch den Bundestagspräsidenten ankündigt. Ohnehin hatte sich der größte Teil der politischen Tätigkeit der REP in der Vergangenheit immer stärker auf die juristische Ebene reduziert. Kaum erstaunlich auch, dass der Vorsitzende die Gelegenheit nutzt, um enttäuschte bisherige CDU-Mitglieder zu werben. Zu den üblichen Erfolgsfanfaren gehört, dass er stolz auf das Übertrittsgesuch eines Rechtsanwalts verweist, der nach 40 Jahren CDU-Mitgliedschaft eine neue politische Heimat suche. Konkreten Zahlen aber verweigert er sich: „Im Moment kann ich dazu beim besten Willen nichts sagen, da müsste ich zuvor alle Landesverbände befragen.“

Die tiefgreifendste Krise seiner Partei verniedlicht Schlierer auch wie üblich als „Imageproblem“. Seiner Partei werde „unabhängig angehängt“, es handele sich um eine Formation der Skinheads, die für Gewalt im politischen Bereich stehe. Diese falsche Darstellung sei das Haupthindernis bei der Mitgliederwerbung und bei der Gewinnung von Kandidaten. An den von oben verordneten Inhalten, deren Zugkraft von der Parteibasis immer stärker bezweifelt wird, gibt es für ihn ohnehin nichts

zu deuteln. Bei der anstehenden Strategiekonferenz soll es sich, geht es nach seinem Willen, keineswegs um mögliche ideologische Schwenks drehen. „Für eine inhaltliche Neubestimmung sehe ich keinen Anlass“, erklärte er in der „Jungen Freiheit“ kategorisch. „Die Partei wird auch unter dem Aspekt weiterer Zerfallserscheinungen der CDU ihre inhaltlichen Standpunkte nicht aufgeben müssen.“ Bei Schlierer herrscht das Prinzip Hoffnung.

Dass Hoffnung bei den REP aber momentan weniger denn je berechtigt ist, zeigt das Beispiel der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden, einer kommunalen Hochburg der REP. Dort wurden bei den letzten Stadtratswahlen immerhin 9,9 Prozent der Stimmen von der örtlichen Partei um den Rechtsanwalt und stellvertretenden Landesvorsitzenden Mark-Olaf Enderers erzielt.

Für den 22. Januar hatte die REP-Stadtratsfraktion in Wiesbaden eine Podiumsdiskussion zum Thema „Vergangenheitsbewältigung nur auf deutsche Kosten“ angesetzt, die offenbar einerseits eine inhaltliche Profilierung erbringen, andererseits aber auch ein deutliches Abrücken vom Schlierer-Kurs signalisieren sollte. Man muss es wohl als einen kalkulierten Affront werten, wenn bei einer REP-Veranstaltung außer dem Moderator Enderes kein Funktionär der Partei als Diskutant auf dem Podium sitzt. Wenn stattdessen Franz Schönhuber, der einem innerparteilichen Bannstrahl unterliegende ehemalige Vorsitzende, reden darf, handelt es sich um ein mehr als deutliches Signal. Flankiert wurde Schönhuber von dem ehemaligen DVU-Spitzenfunktionär Klaus Sojka und von Horst Mahler. Es nur zu verständlich, wenn die Parteispitze panisch reagierte. Zu der Veranstaltung erschienen dann nahezu folgerichtig Schlierers Stellvertreter und Vertraute Johann Gärtner und Uschi Winkelsett. Beiden aber soll, wie um die Konfrontation auf die Spitze zu treiben, der Zutritt verwehrt worden sein; darüber berichtete jetzt auch „Nation&Europa“ in der aktuellen Ausgabe.

Bei den REP scheint, entgegen den Gepflogenheiten von Führerparteien, die innerparteiliche Demokratie ausgebrochen zu sein. Niemand macht mehr das, was der Vorsitzende will, sondern jeder das, was ihm gerade als richtig erscheint und möglichst auch noch den Vorsitzenden ärgert. Schlierers Kontrahenten haben mit diesem Vorgehen die Schlagzeilen sicher. Er selbst dagegen schreitet von Misserfolg zu Misserfolg, so zuletzt bei den „Konsensgesprächen“. Eine Strategiekonferenz wird kaum etwas verbessern. *Jean Cremet*

Ausland

Fuchs im Hühnerstall

Die rechtslastige FPÖ Jörg Haider regiert jetzt in Österreich mit

„Es gibt eine Aufgeregtheit im europäischen Hühnerstall, obwohl der Fuchs noch gar nicht drinnen ist.“ So kommentierte Jörg Haider in einem ZEIT-Interview (vom 3.2.) die von den 14 EU-Staaten wegen der Regierungsbeteiligung der FPÖ gegen Österreich verhängten Sanktionen. Wenige Tage später wurde die neue ÖVP-FPÖ-Regierung angelobt. Weder das Ausland noch die „Gewalt der Straße“ habe den Amtsantritt verhindern können, sagte Haider im österreichischen Fernsehen. Nun ist der Fuchs also im europäischen Hühnerstall drinnen. Was er dort tun wird? Im Mailänder „Corriere della Sera“ vom 30. Januar erklärte er, die politische Führungselite in Europa habe deswegen Angst vor ihm, weil er ihren Einfluss verringern wolle. In der ARD-Sendung „Farbe bekennen“ (4.2.) kritisierte Haider die geplante Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips innerhalb der EU. Da es aber derzeit noch bestehe, drohte er gleich den 14 EU-Partnern: sie hätten mit ihrem Österreich-Boykott einen „taktischen Fehler“ gemacht, denn ohne Österreich gebe es keine Entscheidungen in Europa. Im „Corriere della Sera“ (3.2.) bezeichnete Haider die von allen Staats- oder Regierungschefs der 14 EU-Partner Österreichs getragene Erklärung gegen eine FPÖ-Regierungsbeteiligung als „eine kuriose Initiative von Personen, die ihre politische Funktion missbrauchen“. Und er drehte die Verhältnisse einfach um: nicht Österreichs Ansehen in Europa ist schwer geschädigt worden, sondern durch die EU-Erklärung „hat das Ansehen Europas einen harten Schlag in Österreich erlitten“.

Zur Taktik des FPÖ-Chefs gehört es schon seit vielen Jahren, dem jeweiligen Publikum nach dem Mund zu reden - und wenn die Widersprüche zwischen seinen Aussagen zu offenkundig werden, dann nimmt er etwas zurück oder entschuldigt sich sogar (allerdings immer mit einem einschränkenden Zusatz - wie zum Beispiel im Zusammenhang mit seinen Aussagen über die NS-Beschäftigungspolitik oder die Anständigkeit der Waffen-SS. Wenn er mit unsensiblen Aussagen, die ihm zugeschrieben werden, die Gefühle von Menschen verletzt habe, so Haider am 12.11.1999, dann tue ihm dies leid und entschuldige er sich dafür). Jetzt, wo er Dank

des Ehrgeizes von ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel, der unter allen Umständen Bundeskanzler werden wollte, die Regierungsbeteiligung der FPÖ erreicht hat, muss Jörg Haider als verantwortungsbewusster Politiker auftreten. In der Hofburg unterzeichnete er feierlich eine Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für die europäische Integration und die EU-Osterweiterung, obwohl von ihm bis vor kurzem ganz andere Töne zu hören waren.

In Wien hatte die FPÖ im Nationalratswahlkampf im Herbst 1999 einen besonders ausländerfeindlichen Wahlkampf geführt (Hauptslogan: „Stopp der Überfremdung“). Haider hatte diese Wahlkampflinie damals gerechtfertigt und sogar zwei Tage nach der Wahl vom 3. Oktober noch ausdrücklich den Begriff „Überfremdung“ verteidigt. Im ZEIT-Interview sagte er nun: „Das war nur die Wiener FPÖ. Ich habe das missbilligt und danach personelle Konsequenzen gezogen“. Welche personellen Konsequenzen er damit meinte, sagte er nicht. Allerdings schlug er am Tag des Erscheinens dieses Interviews dem Bundespräsidenten ausgerechnet den Chef der Wiener Freiheitlichen (und damit Hauptverantwortlichen für den „Überfremdungs“-Wahlkampf), Hilmar Kabas, als Verteidigungsminister vor. Thomas Klestil lehnte ab (wie übrigens auch den als Finanzminister vorgesehenen Papier-Großunternehmer Thomas Prinzhorn - und zwar ebenfalls wegen übler Töne zur Ausländerfrage). Darauf hin wurde der bisherige parlamentarische Fraktionschef Herbert Scheibner neuer Verteidigungsminister. Scheibner war übrigens der Spitzenkandidat der Wiener FPÖ...

■ Die „Jetzt-erst-recht“-Stimmung ■

Verbale Ausrutscher passierten Haider aber selbst in den letzten Wochen, als das Ziel der Regierungsbeteiligung schon in greifbarer Nähe war und er sich zumeist betont staatsmännisch darstellte. Die internationale Kritik tat er als Inszenierung der Linken und der Sozialistischen Internationale ab. Und da kamen dann auch wieder bekannte Haider-Originaltöne zum Vorschein, als er etwa die Regierung Belgiens als „korrupt“ bezeichnete und ihr vorwarf, Kinderschänder frei herumlaufen zu lassen. Den französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac stellte er überhaupt als unfähig hin. Die ersten Proteste gegen diese Aussagen ermunterten noch seine Kampfeslust - und er wiederholte sie sogar noch bei einer Pressekonferenz. Wenige Stunden später, als ihn der Bundespräsident öffentlich

rügte und Haider damit die FPÖ-Regierungsbeteiligung in Frage gestellt sah, sagte er (grinsend) vor Journalisten: „Meinetwegen ziehe ich die Äußerungen mit Bedauern zurück.“ Und während sich die FPÖ in der gemeinsamen Regierungserklärung ausdrücklich zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur österreichischen Schuld im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus bekennt, sagte Haider zum Beispiel im ZEIT-Interview: „Diese ganze Entschuldigerei für die Vergangenheit führt letztlich nur dazu, dass in der Bevölkerung Emotionen aufkommen und gefragt wird, was soll das Ganze eigentlich noch nach so vielen Jahrzehnten“.

Derzeit versucht die FPÖ recht geschickt, sich als Verteidigerin der Demokratie gegen EU-Bürokraten darzustellen, die das Wahlergebnis vom 3. Oktober korrigieren wollten, indem sie gegen die Bildung einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ auftreten. Die „Jetzt-erst-recht“-Reaktion, die schon zur Waldheim-Zeit in Österreich mehrheitsfähig war, wird von Jörg Haider ganz bewusst geschürt, als er beispielsweise am 29. Januar in Klagenfurt erklärte: „Jetzt erst recht bin ich entschlossen, Österreich, Europa und der Welt zu zeigen, was eine demokratische FPÖ bewirken kann. ... Vor allem gilt es, dem Ausland deutlich zu machen, dass in Österreich ausschließlich das Volk entscheidet.“

Was für die FPÖ und Jörg Haider politisch gefährlich an der Regierungsbeteiligung ist, sind die Belastungen, die jetzt auf die Menschen zukommen - und zwar gerade auf jene, als deren Anwalt und Rächer sich Haider immer gerne aufspielte: „die kleinen Leute“, die „fleißigen, ehrlichen und anständigen Österreicher“. Als Oppositionsführer hatte Jörg Haider alles versprechen können, ohne es nach der Wahl auch halten zu müssen. Nun steht die FPÖ auf Bundesebene erstmals genau so auf dem Prüfstand wie die bisherigen Regierungsparteien. Die Erreichung des ersten Ziels - Regierungsbeteiligung unter einem ÖVP-Kanzler - könnte sich somit für die Freiheitlichen durchaus als Pyrrhus-Sieg auf dem Weg zum eigentlichen Ziel - nämlich einem Bundeskanzler Jörg Haider - erweisen. Sowohl der internationale Boykott, der in der Bevölkerung nach dem Übergangsstadium des „Jetzt erst recht“ höchstwahrscheinlich Wirkung zeigen wird, als auch die politische Umsetzung „unpopulärer“ Maßnahmen, könnten den Höhenflug des Rechtspopulismus zumindest bremsen, nachdem dessen Aufstieg in den letzten Jahren schon als schicksalhaft empfunden wurde und man sich irgendwie daran gewöhnte. *Adalbert Krims*

Ausland**Haider's Mitstreiter**

Jörg Haider ist gern gesehener Interviewpartner der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), jüngst in der Ausgabe 5/2000. Interviewt wurde Haider wiederum, wie schon in den Vorjahren, von Andreas Mölzer (Jahrgang 1952), dem kulturpolitischen Berater von Haider's Landesregierung in Kärnten. Gegen Mölzer leitete die Staatsanwaltschaft Wien im August 1999 Vorermittlungen ein. Der Chefredakteur der seit Oktober 1997 erscheinenden Wochenzeitung „Zur Zeit“, dem österreichischen Pendant zur JF, steht im Verdacht, gegen das Verbotsgesetz, das unter anderem das Verbreiten der „Auschwitzlüge“ unter Strafe stellt, verstoßen zu haben. Ende des Monats soll entschieden werden, ob die Justiz gegen Mölzer weiter vorgehen wird. Seinen Chefredakteursposten legte Mölzer im vergangenen Sommer vorübergehend nieder, seit Januar ist er aber wieder Chefredakteur und Herausgeber von „Zur Zeit“.

Mölzer, Mitglied der Burschenschaft Akademisches Korps Vandalia Graz, bewegt sich seit Jahrzehnten im rechtslastigen Spektrum. Von 1983 bis 1991 hatte er die Funktion des Schriftleiters der Monatszeitschrift „Aula“, der Mitgliederzeitschrift der FPÖ-Vorfeldorganisation Freiheitlicher Akademikerverband, inne. Von 1990 bis 1994 arbeitete er als Leiter des Freiheitlichen Bildungswerkes in Wien; zeitweilig - ab 1991 - war Mölzer daneben Grundsatzreferent von Jörg Haider.

In extrem rechten Kreisen ist Mölzer hinlänglich bekannt. So referierte er unter anderem auf Einladung der baden-württembergischen REP-Landtagsfraktion am 16. Mai 1997 in Stuttgart. Gefragt als Referent ist Mölzer auch bei anderen rechts-extremen Organisationen: so bei einer Tagung des Kulturwerkes Österreich im Juni 1996, einem Kongress der Gesellschaft für Freie Publizistik im Juni 1990, der JF-Sommeruniversität 1993 in Ravensburg. Mölzer greift für rechtsextreme Verlage und Blätter auch zur Feder: er ist Autor des in der VGB-Verlagsgesellschaft erschienenen Buchs „Servus Österreich. Der lange Abschied von der Zweiten Republik“, in den „Deutschen Annalen“ des Druffel-Verlags, im „Eckartboten“, den in „Nation&Europa“ aufgegangenen „Deutschen Monatsheften“, der JF. 1990 wurde Mölzer von dem mittlerweile wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen Verein „Dichterstein Offenhausen“ mit dem „Joseph-Hieß-Gedenkpreis“ ausgezeichnet. *A.M.*

Seitenblick**Schurke Schlüssel**

Seitdem Österreichs Volkspartei sich ins Lotterbett des Populisten Haider gelegt hat, um das Trauerstück schwarz-blaue Koalition zu proben, herrscht Verwirrung unter Europas Demokraten. Sie reicht bis zu der Empfehlung, ein von Schlüssel und Haider regiertes Österreich zu boykottieren.

Was war passiert? Eine Partei, die in Österreichs Nachbarstaaten zu Recht Anstoß erregt, bildet auf Grund ihres Abschneidens in einer nirgendwo als undemokratisch empfundenen Wahl und unter Einhaltung der Regeln der Verfassung eine Regierung. Das kann nicht einmal der Staatspräsident verhindern, der ihr mit Blick auf ihre Anstößigkeit und den außenpolitischen Schaden einer solchen Mealliance die Regierungsfähigkeit abspricht.

Die Antwort muss mit Sicherheit darin bestehen, den Kontakt zum Populisten Haider zu meiden - und das gilt auch und gerade für die quotenversessenen deutschen TV-Talkerinnen und -Talker. Alle sonstigen Sanktionen für die neue österreichische Regierung wären menschlich verständlich - gerade wegen der verbalen Anleihen Haider's bei dem aus Österreich über die Welt gekommenen Diktator Hitler -, sie wären dennoch rechtlich fragwürdig und politisch sogar unklug. Würde man das Österreich angedrohte Konzept weltweit anwenden, wäre das Feld der Außenpolitik sehr eng. Überdies: nicht Haider müsste sich abgestraft fühlen, sondern das österreichische Volk, das sich aus Ärger über Piefkes und andere nur noch enger um Haider scharen und ihm zu noch größerer Mehrheit verhelfen würde. Vor allem: der Schurke in dem Stück ist nicht Haider, sondern der Konservative Schlüssel, der den Versuch der Regierungsbildung mit den Sozialisten systematisch hintertrieben hatte. Man darf eines nicht vergessen. Haider's rechtslastige FPÖ ist nicht groß geworden, weil die Österreicher seine Anleihen bei Hitler sympathisch gefunden hätten, sondern weil er für sie die sinnvolle Opposition gegen ein überlebtes Proporzsystem von ausgelaugten Parteien war. Insofern hat jedes Land die Parteien, die es verdient - und dies gilt als Mahnung. Wer die Geschichte der Bundesrepublik selbstkritisch wertet, stellt fest, dass die Rechtsextremen immer dann stark waren, wenn die demokratischen Parteien Schwäche zeigten. Deshalb wird der Spendenskandal der CDU gerade von den neuen Nazis als Bestätigung für ihre Verachtung der „Alt-Parteien“ genommen. *Klaus-Henning Rosen*

NS-Vergangenheit**Mord als Geschäft**

Eine Erfurter Firma war Krematorienlieferant für Auschwitz. Zur SS wurden beste Beziehungen gepflegt.

Als J.A. Topf 1887 in Erfurt eine Firma gründete, die sich vor allem auf industrielle Feuerungsanlagen spezialisierte, begann die keineswegs ungewöhnliche Betriebsgeschichte eines seriösen deutschen Unternehmens. Erfolge stellten sich bald ein, da man es verstand, Qualitätsarbeit erfahrener Fachkräfte mit Erfindergeist zu koppeln. Als Topfs Söhne 1935 die Firmenleitung übernahmen, lautete der Betriebsslogan bereits: „Topf in alle Welt“. Tatsächlich gelang es dem Thüringer Betrieb, feuerungstechnische Anlagen von Dampfkesseln bis Feuerbestattungsöfen bis nach Übersee zu exportieren. Die Produktion boomte.

Ob es der Ehrgeiz war, die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, Ergebenheit gegenüber dem braunen Regime oder ein anderer Grund, war noch nicht eindeutig zu klären: Fest steht, dass die Firmenleitung spätestens Anfang der 40er Jahre erkannte, der Bedarf an leistungsfähigen Leichenverbrennungsanlagen - eigentlich bei Topf & Söhne eher eine Nebenproduktion - würde in Deutschland bald ins Unermessliche steigen. Man war Insider genug, um zu wissen, wo da die Zuständigkeiten lagen, und bot sich der SS als Partner an.

Die erwies sich als gute Adresse. So entwickelte sich eine andauernde, für die Täter fruchtbare, für die Opfer tödliche Zusammenarbeit. Fassungslos liest man heute die Sprache der Dokumente darüber. Mit dem Gruß: „Stets gern für Sie beschäftigt, empfehlen wir uns Ihnen bestens. Heil Hitler!“, schließen die Topf-Söhne einen Brief an die Zentral-Bauleitung der Waffen-SS und Polizei Auschwitz-Ost - geschäftsmäßig, gefühlsfrei, als handle es sich um warme Wintersachen und nicht um Beihilfe zum Massenmord. Eine bloße Höflichkeitsfloskel? Ingenieur Karl Schultze antwortete bei einem Verhör auf die Frage, warum er die Arbeit nach dem, was er in Auschwitz sah, fortgesetzt habe: Wir standen in der Pflicht gegenüber der SS, der Firma Topf und dem deutschen Staat.

Sein Ingenieurkollege Fritz Sander meldete für die Firma im Oktober 1942 ein Patent für „kontinu-

ierlich arbeitende Leichen-Verbrennungsöfen für Massenbetrieb“ mit der Begründung an: „In den durch den Krieg und seine Folgen bedingten Sammelagern der besetzten Ostgebiete mit ihrer unvermeidbar hohen Sterblichkeit ist die Erdbestattung der großen Menge verstorbener Lagerinsassen nicht durchführbar.“ Daher bestehe „der Zwang, die ständig anfallende große Anzahl von Leichen durch Einäscherung schnell, sicher und hygienisch einwandfrei zu beseitigen“.

Dieser Zwang veranlasste den für Krematorienbau und Gaskammerentlüftungsanlagen zuständigen Chefingenieur Prüfer, Montage und Wartung vor Ort in den Vernichtungslagern zu überwachen und auch manches Wochenende im Konstruktionsbüro - mit Blick auf den Ettersberg und das dortige KZ Buchenwald - an weiteren Verbesserungen zu tüfteln. Qualitätsarbeit wurde garantiert, auch bei dem noch 1945(!) an die USA gelieferten Krematorium.

Bei Topf wird eines der Phänomene sichtbar, die bis heute in der Holocaust-Forschung zu wenig Beachtung finden. Das Morden hatte den Charakter des Außergewöhnlichen, Unerhörten verloren. Es war „notwendiger“ Bestandteil des Alltags, der gesellschaftlichen Mechanismen, geworden, eines Uhrwerks, das ohne Störung laufen musste. Dafür fühlte man sich auch bei Topf & Söhne als einem der Räder ganz selbstverständlich verantwortlich.

■ **„Leichen-Verbrennungsöfen für Massenbetrieb“** ■

Dutzende Fragen drängen sich auf. Es muss noch Zeitzeugen geben. Was sagen sie, haben sie Schuldgefühle oder sind sie stolz auf „deutsche Qualitätsarbeit“? Was wusste man im Betrieb und in Erfurt? Das Betriebsgelände mit der symbolischen Blickachse zum Glockenturm von Buchenwald existiert als „Industriebrache“. Gewiss, das ist kein Platz der Opfer, sondern von Tätern. Wie aber geht man mit einem solchen Erbe um? Ist hier ein Denkmal, ein mahnendes Kunstwerk vorstellbar?

Vor allem drei begannen in den letzten Jahren, die Suche nach Antworten in Gang zu bringen: der Journalist Hartmut Topf, ein Nachfahre der Industriellenfamilie, der Kulturwissenschaftler Eckhard Schwarzenberger und der Franzose Jean-Claude Pressac, der über der Beschäftigung mit der Topfschen Firmengeschichte vom Holocaust-Zweifler zum Holocaust-Forscher wurde.

Seit 1997 hat sich ein Förderkreis des Themas angenommen, dem die Heinrich-Böll-Stiftung, die Evangelische Akademie Thüringen, das Europäische Kulturzentrum und das DGB-Bildungswerk angehören. Kerstin Schnelle, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung in Thüringen, beklagt aber, dass es bei all den vielen und erfolgreichen Bemühungen, die Öffentlichkeit zu interessieren, bisher wegen Personal- und Finanzmangel noch nicht gelungen ist, eine Befragung von Betriebsangehörigen und anderen Zeitzeugen zu organisieren. Diese Aufgabe ist so unaufschiebbar wie die stärkere Einbindung von Historikern.

Studienleiter Frank Hiddemann von der Evangelischen Akademie Thüringen setzt große Hoffnungen auf eine Vortragsreihe mit Politologen und Historikern, die der Förderkreis in diesem Jahr in der Begegnungsstätte Kleine Synagoge Erfurt veranstaltet. Sie soll am Beispiel Topf deutlich machen, dass zum Holocaust nicht nur die Mordmaschinerie der SS gehört, sondern der ganze „legale“ Apparat von Schöpfern der Judengesetzgebung, über Erfassung und Transport in die Todeslager bis hin zur „hygienisch einwandfreien“ Leichenbeseitigung. Vor allem aber soll sie unter diesem Gesichtspunkt neue Zeichen für die Einbeziehung des Erinnerungsortes Topf-Gelände in die Mahnmals-topografie der Bundesrepublik setzen. Das ist umso notwendiger, als angesichts der Finanzsituation weder die Landesregierung noch die Stadt Erfurt Möglichkeiten sehen.

Ralf Bachmann

Demokratische Initiativen

Eine Jugend-Version

Am Tage des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erregte eine Aktion des schleswig-holsteinischen Kultusministeriums Beachtung. Landesweit wurde allen Schülern der neunten Klasse aufwärts das 160-seitige Buch „Erzählt es Euren Kindern - Der Holocaust in Europa“ kostenlos in die Hand gedrückt. So sind knapp 90 000 Exemplare in Umlauf gekommen. Die Idee für dieses Projekt stammt aus Schweden. Dort erschien das Werk 1998 erstmals in einer „Erwachsenen-Version“ als Auftragsarbeit der dortigen Regierung.

Die Autoren Stephane Bruchfeld und Paul A. Levine, Wissenschaftler aus Uppsala, schildern den Holocaust nicht anonym oder als pures Zahlenwerk, sondern konkret anhand von beklemmenden

Beispielen einzelner Schicksale von Kindern und Jugendlichen. Das mit zahlreichen Fotos versehene Sachbuch informiert über das jüdische Leben vor dem Krieg ebenso wie über Kultur und Verfolgung von Roma und Sinti, der Ächtung und Geißelung von Homosexuellen, den Euthanasieversuchen und nicht zuletzt die Verfolgung politisch Andersdenkender. Die beiden Professoren Robert Bohn und Uwe Danker vom Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte legten dann eine Übersetzung vor, die zum Jugendbuch umgearbeitet wurde: Abweichend vom Original ist die Sprache für die Zielgruppe Jugendliche nun verständlicher.

Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Ute Erd-siek-Rave zu dem aufklärenden Werk: „In wenigen Schriften werden Jugendliche so direkt angesprochen, wird das verbrecherische Geschehen so eindringlich aus dem Blickwinkel meist jugendlicher Opfer, aber auch aus der Sicht der Zuschauer und Täter, dargestellt. Immer sind es einzelne Menschen, deren Schicksal und deren Handeln in den Mittelpunkt gerückt werden. Gleichwohl beziehen sich die Berichte auf ganz Europa.“ Nicht selten nämlich wurden Verfolgte wieder in die Arme ihrer Mörder getrieben, da den Schutzsuchenden die Einreise verweigert wurde.

Charlotte Knobloch, Vizepräsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland und Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in München, lobte die Initiative in Schleswig-Holstein und erhofft sich, dass andere Bundesländer damit nachziehen. „Nach einigen Seiten wusste ich, dass es mich große Überwindung kosten würde, dieses Buch bis zu Ende zu lesen, denn auch ich war ein Kind dieser schrecklichen Zeit.“, so Knobloch. In Zeiten von aufkeimendem Neonazismus biete sich mit diesem Vorstoß an den Schulen eine Möglichkeit, Intoleranz und Inhumanität abzubauen, ergänzte sie.

Die Aktion belastete die Landeskasse übrigens mit keinem Pfennig. Die angefallenen Kosten in Höhe von 250 000 Mark wurden von Sponsoren - darunter namhafte Konzerne des nördlichsten Bundeslandes - getragen.

Für 14,80 Mark ist das Werk auch im Buchhandel erhältlich. Der Bertelsmann Jugend-Buchverlag hat es in seinem Programm aufgenommen. Den Worten des Vorsitzenden der schleswig-holsteinischen FDP-Landtagsfraktion, Wolfgang Kubicki, kann man sich nur anschließen: „Ich wünsche dem Buch eine große Verbreitung und die Bedeutung, die dem Thema gebührt.“

Horst Freires

Aktivitäten**Gemeinsames Dach**

In der zerstrittenen rechtsextremen Szene gibt es immer wieder Versuche, parteiübergreifend zu agieren.

Das „Bündnis Rechts“, eine inzwischen bundesweit tätige, neonazistische Kleinorganisation mit Kader-Charakter, ruft dazu auf, bei den Landtagswahlen am 27. Februar in Schleswig-Holstein, die NPD zu wählen.

Ziel des „Bündnisses“, das im September 1996 im schleswig-holsteinischen Hartenholm (Kreis Segeberg) aus der Taufe gehoben wurde, ist es, die „Zusammenarbeit der Rechten in Deutschland“ anzustreben, keine Konkurrenz zu den bestehenden Parteien, sondern eine Einheit zu bilden. Für das „Bündnis“ in Erscheinung treten auch die bekannten Hamburger Neonazis Christian Worch und Thomas Wulff, die allerdings formal seit 1998 nicht mehr dem Vorstand angehören. Im März 1998 war die aus NPD-Mitgliedern und Neonazis bestehende Wählergemeinschaft „Bündnis Rechts für Lübeck“ zu den Kommunalwahlen in Lübeck angetreten und hatte dort 3,6 Prozent der Stimmen erzielt (vgl. BNR 5/98). Mitte Dezember 1998 wurde ein weiterer Landesverband des „Bündnis Rechts“ in Mecklenburg-Vorpommern gegründet. Im Mai vergangenen Jahres veröffentlichten das „Bündnis“ und die im süddeutschen Raum beheimatete „Vereinigte Rechte“ eine Erklärung, in der „eine gemeinsame strukturübergreifende Verknüpfung auf personeller und logistischer Ebene“ bekanntgegeben wurde.

Vorsitzender des „Bündnis Rechts“ ist der 44-jährige Umweltschutztechniker Dieter Kern, Mitglied der NPD und der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Kern war auch als Redner bei dem NPD-Aufmarsch am 29. Januar in Berlin (s.unten) zugange.

Seit Juli 1999 veröffentlicht das „Bündnis“ ein politisches Mitteilungsblatt mit dem Titel „Lübscher Aufklärer“. Bisher liegen vier Ausgaben des Blattes im DIN-A5-Format vor. Zu den Autoren zählen Mario Meurer, Bundesvorsitzender der VR, Gabriele Schlauch, Klaus Zeiger, der von der DVU zur VR übergetretene Magdeburger Landtagsabgeordnete Torsten Miksch, Rainer Wilke, Georg Palletta von der revisionistischen „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutsch-

lands“, Günter Kursawe, Ex-Funktionär des verbotenen neonazistischen Nationalen Block, Lisa Beckmann, Sven Grade, Gerhard Lange, Gunnar Lehmann, Stephan Pfingsten, Hans Hallig und Christian Worch. Mitarbeiter der Redaktion sind die „Anti-Antifa“-Spezialistin Thekla Kosche und Thorsten Thomsen, ehemaliges Landesvorstandsmitglied des Bund Freier Bürger in Schleswig-Holstein, der auch bei der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen engagiert ist.

Hingewiesen wird im „Lübschen Aufklärer“ auf weitere Organisationen, Publikationen und Personen wie die braune Knastorganisation HNG, der „Deutsche Freundeskreis Schwaben“ um den in der neonazistischen Szene heftig umstrittenen Naziskin Dennis Entenmann oder auf das Neonazi-Blatt „Zentralorgan“. Ausführlicher Interviewpartner war in einer Ausgabe auch der Rechtsterrorist Manfred Roeder.

Sönke Braasch

Aufmarsch in Berlin

Die bundesweite Neonazi-Szene verbucht den 29. Januar als großen Erfolg. Erstmals seit 1945 marschierten an diesem Tag rund 600 Neonazis, davon nicht wenige schwarz uniformiert, mit wehenden Reichskriegsfahnen durch das Brandenburger Tor in Berlin. Der Termin war bewusst gewählt. Einerseits sollte der Jahrestag von Hitlers Machtübertragung am 30. Januar 1933 begangen werden. Andererseits waren die Neonazis bundesweit angereist, um gegen den Bau des Holocaust-Mahnmals zu agieren. Aufgerufen zu der Demonstration hatte eine Bürgerinitiative gegen das Holocaust-Denkmal, hinter der die NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten steht.

Die Rechtsextremisten marschierten in einem von einem großen Polizeiaufgebot begleiteten Zug durch das Zentrum Berlins. „Keine Gelder für Grabmalfelder“, „Arbeitsplätze statt Judenhetze“ und „Holocaust? Lasst euch nicht verarschen“ lauteten einige der Parolen. Auch die SS wurde verteidigt. Auf Plakaten forderten die Neonazis die Abschaffung des Volksverhetzungsparagrafen 130. Bei einer Zwischenkundgebung direkt am Bauplatz des Holocaust-Mahnmals hetzte der NPD-Vorsitzende Udo Voigt unter großem Beifall gegen die „Systemparteien“ und das geplante „Schandmal“ in der Mitte Berlins. Die Polizei griff nicht ein. Lediglich bei Vorkontrollen wurden laut Polizeibericht einige Rechte wegen Mitführens verbotener Gegenstände kurzzeitig in Gewahrsam genommen. *Peter Nowak*

Aktivitäten**Brauner Rundfunk**

Das Verwaltungsgericht Berlin hat im Januar in einer Eilentscheidung die Ausstrahlung des neonazistischen Hörfunkprogramms „Radio Germania“ im Offenen Kanal in der Bundeshauptstadt verboten. Von April bis August 1996 waren die Neonazis schon unter der Bezeichnung „Radio Deutschland“, später auch als „Radio Z“ oder „Radio Knorke“ auf Sendung gegangen. Der Offene Kanal erreicht theoretisch mehr als eine Million Haushalte und wird pro Jahr mit rund zwei Millionen Mark aus den Rundfunkgebühren finanziert. Das Gericht begründete die Entscheidung damit, dass die zuletzt am 29. Oktober ausgestrahlte Sendung einen Verstoß gegen den Medienstaatsvertrag darstelle. Der 31-jährige Programmverantwortliche Mike Penkert hatte damals Ignatz Bubis mit dem Satz diffamiert: „Über Tote soll man nur Gutes sagen, deswegen sagen wir, dass es gut ist, dass er tot ist.“. Bereits 1997 hatte die Medienanstalt Berlin-Brandenburg „Radio Germania“ wegen des Verstoßes gegen den Jugendschutz für ein Jahr vom Offenen Kanal ausgeschlossen. Ab Mai 1998 durfte wieder gesendet werden.

Bis zum Abschluss einer laufenden Prüfung durch den Medienrat bleibt Penkert, Ex-Kader von FAP und Die Nationalen, später Kopf der „Kameradschaft Beusselkiez“, jetzt allerdings der Zugang zu dem öffentlich kontrollierten Kanal untersagt.

Die Macher des Radioprojektes verstehen sich als Teil des parteiübergreifenden „Nationalen Widerstandes“. Ziel sei es, als „Nationale Befreiungsbewegung“ die „Deutsche Nation wiederherzustellen“ und die „sozialen Interessen des deutschen Volkes wieder in den Mittelpunkt deutscher Politik zu rücken“.

Mitschnitte der Sendungen von „Radio Germania“ und auch solche, die der „Vorzensur zum Opfer“ fielen, sind auf Musikkassetten und auf CDs bei dem braunen Devotionalien-Versand LU-WI-Tonträger in Berlin erhältlich oder können mittels des Real-Audio-Player-Verfahrens im hauseigenen Computer heruntergeladen und gehört werden.

Kurz nach der Entscheidung des Gerichts gaben sich die Kameraden von „Radio Germania“ auf ihrer gleichnamigen Internetseite kämpferisch: „Trotz aller Verbote seitens ZOG sind wir nicht zu stoppen oder aufzuhalten. ... Mit verbotenem Gruß aus der Reichshauptstadt.“

Anton Maegerle

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 15. Jg., Nr. 4, 5/2000:

Eine existenzielle Bedrohung der CDU durch die Spendenaffäre ist für JF-Chefredakteur Dieter Stein nicht weiter tragisch; es finde eine Erneuerung unter welchem Parteianamen auch immer statt. Durch ihren fanatischen Kampf gegen rechts habe die CDU schließlich dafür gesorgt, dass es in Deutschland keine parlamentarische Rechte gebe und sie habe die Republikaner wie Aussätzige behandelt und zu Extremisten gestempelt (4, 5/00). Die „Jungen Wilden“ in der CDU bieten für JF-Autor Andreas Wild auch keine Alternative, da sie programatisch noch weiter links orientiert seien, „nicht die Spur von geistig moralischer Wende“ aufwiesen (4/00). Günter Rohrmoser pflichtet dem bei, die CDU stelle „heute keineswegs mehr ein Bollwerk gegen den Zeitgeist dar“, wie es so dringend gebraucht werde (5/00). Der CDU-Fraktionsvorsitzende im nordrhein-westfälischen Landtag, Laurenz Meyer, bekennt im JF-Interview, dass jemand, „der für Verfassung, Recht und Ordnung steht wie Herr Kanther“ für ihn im Zusammenhang mit der Finanzaffäre „eine Riesenenttäuschung“ sei. Aber die SPD solle sich gefälligst um „ihr eigenes Filzgeflecht“ kümmern, besonders in NRW, anstatt mit dem Finger auf andere Leute zu zeigen (4/00). Dieter Stein gibt im Interview mit seinem eigenen Blatt seinen Frust über die Politik der CDU unter der Ägide Helmut Kohls kund, den er schon als Jungendlicher verspürt habe. Wer heute der JF extremistische Tendenzen unterstelle, gehöre zu den Gegnern der Freiheit und Demokratie (4/00). REP-Parteichef Rolf Schlierer beklagt im JF-Interview, dass die REP für 1994 Gelder zurückzahlen mussten, die FDP für 1996 aber nicht (5/00)). Jörg Haider stellt im Interview mit Andreas Mölzer fest, dass auch Deutschland „eine freiheitliche Alternative bräuchte“. Hans-Helmuth Knütter hat eine Studie der CDA in Thüringen ausgegraben, in der dem DGB verfassungsfeindliche Tendenzen unterstellt werden. Aber die Bereitschaft zur Bekämpfung des Linksextremismus sei auch bei der CDU unterentwickelt, so Knütter (5/00). Zum derzeitigen Irving-Prozess in London vollzieht JF-Autor Jochen Arp einen wahren Eiertanz: Irving leugne zwar die „Existenz von Gaskammern“, wolle jedoch kein Holocaust-Leugner sein; insbesondere die deutschen Medien hätten Irving aber bereits verurteilt und der Lüge bezichtigt (5/00) (gn).

Ausland

„Soziale“ Offensive

Die Mégret-Anhänger haben erneut den Einzug in französische Mieterparlamente geschafft.

Eine der Hauptsorgen der französischen extremen Rechten gilt seit Jahren dem Vordringen auf das von ihnen so genannte „soziale Terrain“. Denn wer Gewerkschaften gründet, Sitze in Arbeitsgerichten besetzt, karitative Vereinigungen und Mietervertretungen organisiert, rückt sehr nahe an die sprichwörtlichen „Sorgen und Nöte“ gerade der Angehörigen sozial schlecht gestellter Schichten heran. Die Wahlen zu den Mieter-Vertretungen im sozialen Wohnungsbauwesen (HLM) stellen daher eines der bevorzugten Felder dar, auf denen die Rechtsextremen ihre „soziale“ Offensive vorantreiben. Ende vergangenen Jahres fanden erneut Wahlen statt, deren Ergebnisse Mitte Januar bekannt gegeben wurden.

Beim vorangegangenen Urnengang im Juni 1996 hatte der (damals noch vereinigte) Front National unter Le Pen und Mégret Listen für rund 40 Mieterparlamente (von insgesamt 600) präsentiert. Dort, wo sie seinerzeit antraten, hatten sie zum Teil beachtliche Wahlergebnisse mit Spitzenwerten zwischen 10 und 30 Prozent der Stimmen erzielt; 16 rechtsextreme Kandidaten waren damals in die HLM-Mietervertretungen gewählt worden. Gut drei Jahre später scheinen die beiden feindlichen Brüder, die aus dem damaligen FN hervorgegangen sind, deutlich geringeren Erfolg auf demselben Terrain zu ernten. Das „Gesetz gegen den sozialen Ausschluss“ vom Juli 1998 beinhaltete die erste Bemühung, das Vordringen der extremen Rechten auf das sensible Gebiet des sozialen Wohnungswesens zu verhindern. In Artikel 61 schreibt das Gesetzeswerk vor, dass die Mietervereinigungen - die allein befugt sind, Kandidaten zu den HLM-Mieterwahlen zu präsentieren - „unabhängig von jedweder politischen Partei oder weltanschaulich, konfessionell, ethnisch oder rassistisch ausgerichteten Organisation“ zu sein haben. Eine Vereinigung wie der FN-locataires war danach nicht mehr in der Lage, unter ihrem Namen Listen zu präsentieren. Und tatsächlich wurde der einzige Versuch der Le Pen-Partei, zu den HLM-Mieterwahlen eine Liste zu präsentieren, auf dieser Grundlage für illegal erklärt.

Die Mégret-Anhänger des Mouvement National Républicain (MNR), der zweiten rechtsextremen Partei, gingen auf intelligentere Weise vor. Sie schufen vorher eine scheinbar unabhängige Organisation, den Bund der französischen Mieter (AFL). In einem Fall, wo der AFL dennoch auf Schwierigkeit bei der Kandidatur stieß - im Département Ardennes - berief sich der AFL-Präsident Jean-Pierre Leroy auf die Tatsache, dass er doch den (lepenistischen) Front National verlassen habe, um den Vorwurf verwerflicher Verbindung zu einer politischen Partei zu bestreiten. Leroy, der 1996 als Kandidat des FN gewählt worden war, gelang so seine Wiederwahl ins HLM-Mieterparlament. Von realer Unabhängigkeit der Organisation kann freilich keine Rede sein: Sie besitzt keine eigene Adresse (von einer Pariser Deckadresse wird die Post zurückgeleitet, Empfänger unbekannt). Die Generalsekretärin Marie-Claude Loreau ist Mitglied im Nationalen Komitee des MNR.

Im Gegensatz zur Propaganda des FN im Frühsommer 1996, verlangte der AFL in seiner Wahlwerbung nicht mehr „Vorrang für französische Familien bei der Zuteilung von Wohnungen“, da dies möglicherweise als Verstoß gegen Artikel 61 sanktioniert worden wäre. Die AFL-Propaganda fußte im wesentlichen auf Law-and-Order-Tönen und hatte hauptsächlich die „Sicherheit und Ruhe in den (Hochhaus)Siedlungen“ und das „Unschädlichmachen der (Jugend)Banden“ zum Gegenstand sowie „Bestrafung der Unruhestifter und ihre Abschiebung, falls sie Ausländer sind.“ Insgesamt brachten die Mégretisten, die mit zehn Listen angetreten waren, drei ihrer Kandidaten durch.

Bei dem Schatzmeister der AFL-Vereinigung handelt es sich um Jean-Paul Charbonneau, gegen den eine gerichtliche Klage wegen rassistischer Diskriminierung anhängig ist. und der - wegen schweren Fehlverhaltens - am 8. Juni 1998 von seinem Posten in der Verwaltung des sozialen Wohnungsbaus (HLM) im westfranzösischen La Rochelle gefeuert wurde. Der seinerzeitige Generaldirektor der betroffenen HLM-Verwaltung, Jean-Marie de Lacoste de la Reymondie - der mit Charbonneau unter einer Decke steckte und zusammen mit ihm aus dem Amt flog - wurde mittlerweile zum Generaldirektor des öffentlichen Amtes für den sozialen Wohnungsbau in Toulon ernannt. Toulon, dessen Rathaus 1995 durch den Front National erobert wurde, bleibt - obwohl sein Bürgermeister Le Chevallier mittlerweile parteilos ist - unter rechtsextremem Einfluss.

Bernhard Schmid

Bücherschau**Legende um Hitler**

Leistete die Führung der Wehrmacht Hitler bei Aufrüstungspolitik und Kriegsvorbereitung nur widerwillig Gehorsam, wie die Nachkriegserinnerungen ehemaliger Generäle behaupteten? Wie stand es um das Verhältnis von Hitler und Wehrmacht und welche Absichten verfolgte der eine gegenüber dem anderen Akteur? Diesen Fragen widmen will sich die von Carl Dirks und Karl-Heinz Janßen vorgelegte Arbeit „Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht“, welche sich auf neue Archivfunde stützen und eine neue Deutung präsentieren will. Diese entwickeln die Autoren anhand einer historisch-chronologischen Darstellung der Planungen führender Wehrmachtsangehöriger von 1923 bis 1941.

Bereits 1923 habe der damalige Chef der Heeresleitung und Schöpfer des 100.000-Mann-Heeres General Hans von Seeckt in einer Geheimstudie die Aufrüstung genau in jenem Ausmaß gefordert, wie es im Jahre 1939 Wirklichkeit geworden sei. Der Weg zwischen diesen beiden Ereignissen ist denn auch Hauptgegenstand des Buches. Behandelt werden dabei folgende Themenkomplexe: die Rüstungspolitik am Weimarer Parlament vorbei, die Umorientierung unter Hitler, strategische Veränderungen, die Entwicklung der Panzerwaffe, der Bruch des Flottenabkommens, der Aufbau der U-Boot-Waffe, die Ausplünderung der Bevölkerung zur Finanzierung des Krieges, die ersten Wehrmachtspläne zum Überfall auf die Sowjetunion, das Scheitern des anschließenden Krieges und der militärische Widerstand gegen Hitler im Vorfeld des 20. Juni.

Als Ergebnis ihrer Untersuchung formulieren die Autoren die Auffassung, dass nicht primär Hitler, sondern die Wehrmacht zu Aufrüstung und Krieg drängte. Bereits in den Jahren 1923 und 1924 hätten entsprechende planerische Vorgaben bestanden, welche nur noch politisch umgesetzt werden mussten. „Die Wehrmacht, so 1926 der Hauptmann Friedrich Fromm, halte es für ihre politische Aufgabe, den richtigen Mann an den richtigen Platz zu stellen. Die Präsidialkanzler Brüning, von Papen und von Schleicher waren allesamt Revisionisten, mit denen die Wehrmacht ihre Ziele hätte erreichen können. Zu guter Letzt entschied man sich doch für den 'böhmischen Gefreiten' Adolf

Hitler ... und machte ihn zum 'Durchführer' der Großrüstung (S. 186). Nach Ansicht der Autoren sie Hitler demnach, so auch er Untertitel, ein „Werkzeug der Wehrmacht“ gewesen.

Trotz der Vehemenz der Präsentation der Deutung durch die Autoren kann sie jedoch nicht in dieser Zuspitzung überzeugen: Die auch im Anhang ausführlich abgedruckten Dokumente, welche entgegen des erweckten Eindrucks der Forschung sehr wohl bekannt sind, belegen zwar ausführlich den Aufrüstungs- und Kriegswillen hochrangiger Generäle. Vor diesem Hintergrund ist denn auch nicht die Legende von der zu beidem durch den Diktator gegen ihren Willen gezwungenen Wehrmacht haltbar. Gleichwohl lässt sich aus dieser Feststellung aber nicht notwendigerweise das Gegenteil schlussfolgern, also eine Deutung Hitlers als Marionette der Wehrmacht.

Bei der Begründung dieser These erweist sich Dirks' und Janßens Fixierung auf einzelne Dokumente als überaus problematisch, unterscheiden sie doch nicht hinsichtlich der real erfolgenden Politik zwischen entwickelten Plänen und konkreter Umsetzung. Insgesamt vermitteln die Autoren denn auch ein eher naives Verständnis für den Ablauf von Entscheidungsprozessen auf den entsprechenden Ebenen, welche keineswegs so glatt wie angedeutet verlaufen. Nur von daher können sie auch nur die Auffassung von einer „geraden Linie“ von den Wehrmachtsplänen 1923/24 bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 ziehen. Noch bedenklicher ist darüber hinaus, dass die entscheidende Rolle Adolf Hitlers als Akteur in dem beschriebenen historischen Prozess minimiert wird.

Armin Pfahl-Traugher

Carl Dirks/Karl-Heinz Janßen, Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, Berlin 1999 (Propyläen), 304 S., 39,80 DM

Hinweis der Redaktion

Betrifft „NPD strebt ostwärts“ in „blick nach rechts“-Ausgabe 1/2000.

Der Deutsche Stimme Verlag hat mitgeteilt, dass ihm nicht die Geschäftsräume in Sinning gekündigt worden sind, sondern dass er selbst gekündigt hat.

Meldungen**Inland**

■ **Bad Bramstedt** - Bei der offiziellen Eröffnung des NPD-Landtagswahlkampfes in Schleswig-Holstein am 23. Januar in Bad Bramstedt waren nach Informationen des „Nationalen Infotelefon“ von Andre Goertz (Hamburg) auch „zahlreiche Vertreter der Republikaner, darunter der Landesvorsitzende“ anwesend. Zum CDU-Spendenskandal stellte die NPD ihr Plakat „Höchststrafe für Altparteien - Zweitstimme NPD“ vor. In einer Rede forderte der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt dazu auf, eine „nationale Infrastruktur“ in Schleswig-Holstein zu schaffen. Dazu zählte er nicht nur sogenannte „Szeneläden“, sondern vor allem Häuser und Grundstücke, zum Beispiel für den Betrieb von Hotels oder Gaststätten. Unterstützt wird die NPD im Wahlkampf vom Lübecker Bündnis Rechts unter Führung von Dieter Kern.

■ **Berg (Oberbayern)** - Die in der Verlagsgemeinschaft Berg am Starnberger See erscheinende rechtsextreme Zeitschrift „Opposition“ plant eine Umstellung auf monatliche Erscheinungsweise. Dazu bedürfe es allerdings weiterer 1.000 Abonnenten. Nach zwei Jahren der Erscheinens kann das sich als systemoppositionell verstehende Blatt bisher auf 1.185 Festbezieher verweisen.

■ **Berlin** - In den Diskussionsforen der neonazistischen Skin-Bewegung „Blood & Honour“ (B&H; Zentrum ist Berlin) meldeten sich am 19. Januar die „International Knights of the Ku Klux Klan - Realm of Germany“ zu Wort und warben für ihre rassistische Truppe. Vorgestellt werden vom KKK deren professionell aufgemachte Internetseiten (vgl. BNR 19/99). Mitgeteilt wird den Kameraden von „Blood & Honour“, dass der KKK „nicht ein Profit orientierter Geheimbund“ sei, sondern eine „Bruderschaft“. Zum Schluss des Textes der Klan-Mannen heißt es dann: „Für Rasse, Volk und Vaterland“. Namentlich bekannter Klan-Aktivist in der Bundesrepublik ist Carsten Szczepanski, der derzeit in der JVA Brandenburg einsitzt. Szczepanski wurde im Februar 1995 vom Landgericht Frankfurt/Oder zu acht Jahren Haft wegen Beihilfe zum versuchten Mord an einem Nigerianer in der brandenburgischen Ortschaft Wendisch-Rietz im Mai 1992 verurteilt. Zu Beginn der 90er Jahre war Szczepanski selbsternannter Führer der Gruppe „White Knights of the Ku Klux Klan / Realm of Germany“.

Er war Mitorganisator der spektakulären Kreuzverbrennung mit der damaligen US-amerikanischen KKK-Größe Dennis Mahon in der Nähe von Königs Wusterhausen.

■ **Berlin** - In neonationalsozialistisch ausgerichteten Blättern wie den „Nachrichten“ der Knasthilfeorganisation HNG oder „Blood & Honour“ wirbt seit einiger Zeit ein Tonträgerversand namens „LU-WI“ mit Sitz in Berlin. Den Kameraden wird mitgeteilt, „dass die Gewinne ausschließlich nationalen Projekten, wie z.B. Radio Germania und der HNG und nicht der persönlichen Bereicherung“ dienen. „Unser Ziel ist es, weitere unabhängige Organisationen (Projekte), die es wert sind, zu fördern.“ Im aktuellen Katalog von „LU-WI“ findet sich ein äußerst umfangreiches Angebot an braunen Devotionalien; darunter: CDs („Schlachthaus“, „Daniel Eggers“, „Storm“, „Skrewdriver“), Aufnäher („White Power“, „Nationaler Widerstand“), Anstecker (Runen, Keltenkreuz, Odins Volk), Karten mit dem Bild von Rudolf Heß sowie Reichskriegs- und Keltenkreuzflaggen.

■ **Berlin/Costa del Sol** - Das „Deutsche Rechtsbüro“ (Postfachadresse in Berlin), „eine Selbsthilfegruppe zur Wahrung der Rechte, insbesondere der Grundrechte, nationaler Deutscher“, hat eine neue Ausgabe in seiner Reihe „Mitteilungen“ vorgelegt. Diese ergänzt die bisher erschienenen Hefte, die jeweils unter anderem einen Überblick über die Rechtslage geben. Angaben des Impressums zufolge werden die Hefte herausgegeben und selbst hergestellt im Eigendruck von Hans-Ernst Raack im spanischen Mijas Costa an der Costa del Sol. Raack machte Anfang der 90er Jahre mit Anzeigen in „Nation&Europa“ sowie der „Jungen Freiheit“ auf sich aufmerksam. Angeboten wurde von ihm dabei eine „Verkaufsvermittlung mit fachkundiger Beratung und Renovierung von Villen, Häusern und Fincas“ an der Costa del Sol. In den 60er Jahren gab es bereits einen Deutschen, der ähnliche Dienste an der Costa del Sol anbot: den in Madrid lebenden SS-Obersturmführer Otto Skorzeny, Hitlers Spezialist für Sabotage und Geheimaktionen, der bis zu seinem Tod 1975 eine führende Figur des neuorganisierten Nationalsozialismus war.

■ **Gotha** - Die NPD will in Thüringen einen eigenen Landesverband der Jungen Nationaldemokraten aufbauen. In mehreren Städten sollen bereits JN-Stützpunkte gegründet worden sein. Dies gab der NPD-Landesverband Thüringen in einer Pressemitteilung bekannt.

■ **Kiel/Neumünster** - Zu den schleswig-holsteinischen Landtagswahlen am 27. Februar tritt die NPD - ohne Konkurrenz von DVU und Republikanern - mit einer neunköpfigen Landesliste an: Ingo Stawitz, Wolfgang Schimmel, Reinhard Kessow, Rainer Schütt, Rolf Riesebieter, Wolfgang Behrens, Johannes Honnens, Gunnar Fragel und Rolf Heise. In Neumünster überklebten NPD-Anhänger Plakate von SPD und CDU mit der Parole: „Jugend wählt NPD“. Die beiden geschädigten Parteien wollen Strafanzeige erstatten.

■ **Lübeck** - Erst machte die NPD in Lübeck viel Wirbel, dann kniff sie doch: Ein Wahlkampfauftritt von Bundesaußenminister Joschka Fischer wurde vom linken Flügel von Bündnis 90/Die Grünen aus der Marzipanstadt zum Anlass genommen, eine Demonstration gegen das Parteiverhalten im zurückliegenden Kosovo-Krieg anzumelden. Die PDS teilte kurz darauf ihre Beteiligung mit und auch die örtliche NPD ließ in einer Pressemitteilung verkünden, man werde sich in den Protestzug einreihen. „Der Grund dafür liegt in der politischen Notwendigkeit, die deutsche Bevölkerung an die Kriegsverbrechen zu erinnern, welcher sich der grüne Außenminister und Ökobolschewist Fischer im letzten Sommer mitschuldig gemacht hat. ... Wir solidarisieren uns dabei ausdrücklich nicht mit den anderen teilnehmenden Organisationen des geplanten Protestmarsches...“, verfasste Frank Rieckhoff für seine Partei. Auf der Straße erblickte man allerdings dann keine Rechtsextremisten.

■ **Ludwigslust** - Kurz nach der Razzia gegen die Drahtzieher des Neonazi-Periodikums „Zentralorgan“ (s. BNR 2/00) wurde seitens der Deutschen Post in Hamburg das dazugehörige Postfach angekündigt. Jetzt sind die Kontakte zu dem braunen Blatt über ein Postfach in Ludwigslust in Mecklenburg-Vorpommern möglich.

■ **München/Villingen-Schwenningen** - Der diesjährige Kongress der Gesellschaft für Freie Publizistik soll vom 14. bis 16. April im Raum München stattfinden. Zum Festakt anlässlich des 40-jährigen Bestehens der rechtsextremen Kulturvereinigung sind als Redner Alfred Mechttersheimer, Harald Neubauer und der „Nation&Europa“-Redakteur Karl Richter angekündigt.

■ **Starnberg** - Eine Reduzierung ihrer publizistischen Aktivitäten gibt die Deutschland-Bewegung von Alfred Mechttersheimer bekannt. „Frieden 2000“ und der bisher getrennt erscheinende „Pres-

sespiegel“ werden aus Kostengründen zusammengelegt und zum exorbitanten „Selbstkostenpreis“ von 150 Mark vertrieben.

■ **Stuttgart/Berlin** - Die NPD-Bundesgeschäftsstelle wurde jetzt im Februar von Stuttgart nach Berlin/Köpenick verlegt. Auch die baden-württembergische NPD-Landesgeschäftsstelle hat ihren bisherigen Sitz im parteieigenen Anwesen im Stuttgarter Westen, der veräußert werden soll, verlassen. Die Geschäftsstelle für die 500 NPD-Mitglieder in Baden-Württemberg befindet sich nun in der Reutlinger Kreisgemeinde Eningen. Seit 1994 gehört dort der Bundespartei eine geerbte Villa der Geschwister Krieg, die nach und nach zu einer „Bildungs- und Begegnungsstätte“ der Rechtsextremisten ausgebaut wurde. NPD-Landesgeschäftsführer und Pressesprecher ist Janus Nowak.

■ **Stuttgart** - Neben dem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ erscheinen nun die „Nationalen Nachrichten aktuell“ (NNaktuell) als „Verteilzeitung für die alltägliche Parteiarbeit“ der NPD. Die Herausgeberschaft liegt beim Deutsche Stimme-Verlag. Das Blatt soll vierteljährlich erscheinen. Es enthält auf vier Seiten die üblichen NPD-Themen wie Familie und Drogen sowie Agitation gegen die Wehrmachtsausstellung, das Holocaust-Mahnmal in Berlin und die doppelte Staatsbürgerschaft.

■ **Stuttgart** - „Radio-Internet“, „das nationale Infoportal im Internet“, machte kürzlich mit einer Anzeige in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ auf sich aufmerksam. Moderator von „Radio-Internet“ ist Christian Käs, stellvertretender Bundesvorsitzender und baden-württembergischer Landesvorsitzender der Republikaner. Jüngste Interviewpartner von „Radio-Internet“ sind der einstige REP-Vorsitzende Franz Schönhuber und FPÖ-Chef Jörg Haider. Abrufbar sind auf der Sendeseite ebenfalls mehrere Fotos, die das Käs-Interview mit Haider dokumentieren. Die Macher von „radio-internet“ bezeichnen sich in einer Selbstdarstellung als „Gesinnungstäter“: „Wir sind nationale Aktivistinnen und Aktivisten, die sich und der Szene über einen eigenen Platz im Internet Gehör verschaffen!“ Ziel von „radio-internet“ sei es, „Informationen über die nationale Sache in Deutschland und im deutschsprachigen Raum an jene zu bringen, die es angeht. Unsere Freunde wollen ungefilterte Informationen und unsere Gegner sollen wissen, dass wir auf dem Weg zu Ihnen sind“. Angeschlossen ist ein E-Shop, der handsignierte Bücher der Ex-Republikaner Franz Schön-

huber und Johanna Grund offeriert. Künftig sollen, so Käs, auch CDs und Videofilme per Mausklick bestellt werden können.

Ausland

■ **Großbritannien (Hasting)** - Der nach Großbritannien geflüchtete deutsche Holocaust-Leugner Germar Rudolf (verheirateter Scheerer) will eine „Fern-Akademie für freie Geschichtsforschung“ ins Leben rufen. Sitz dieser „Akademie“, so Rudolf, „muss freilich im sicheren Ausland sein.“ Nötig sei die Gründung deshalb, da es „eine unabhängige, kritische Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland und vielen anderen europäischen Nationen bezüglich der wahrhaft brenzligen Themengebiete kaum mehr gibt.“ Erste Schritte zur Schaffung der „Fern-Akademie“ sollen den Angaben von Rudolf zufolge bereits getan sein. Was jedoch noch fehle, sei „die offene oder verdeckte, inhaltliche oder technische Unterstützung durch jene akademischen Kräfte insbesondere in Deutschland, die sich nach unbegrenzter schöpferischer Freiheit sehnen und aus ihrer Zwangsjacke ausbrechen wollen.“

■ **Iran (Teheran)** - Der in der iranischen Hauptstadt Teheran stationierte Rundfunksender „Radio Iran“ dient notorischen Holocaust-Leugnern als Sprachrohr. Interviewpartner von „Radio Iran“ waren bisher neben anderen Robert Faurisson (Frankreich), David Irving (England), Ingrid Rimland (USA), Ernst Zündel (Kanada) und Gerd Honsik (Spanien). Gesprächspartner war jüngst auch der australische Holocaust-Leugner Fredrick Toben, ein gebürtiger Deutscher, der sich im Dezember 1999 in Teheran aufhielt. Neben einem Rundfunkinterview gab Toben Presseinterviews und referierte an Universitäten. Ein ähnliches Programm hatte der marokkanische Revisionist Ahmed Rami im vergangenen Sommer absolviert. Seine Themen waren, so die aktuelle Ausgabe des antisemitischen Blattes „Phoenix“, das von dem Neonazi Walter Ochsenberger herausgegeben wird, „Holocaust-Revisionismus und wie die Israellobbys mit den von ihnen kontrollierten Medien aus den Holocaust-Geschichten ihre Weltmacht gewannen und jetzt damit die Welt kontrollierten.“ Nach Angaben des bekannten Holocaust-Leugnern Ernst Zündel soll im Frühjahr dieses Jahres im Iran ein „Weltrevisionistenkongress“ veranstaltet werden. Zündel über die Programmacher bei „Radio Iran“: „Wir Deutschen sollten den Iranern dankbar sein für diese Hilfe bei der Befreiung unserer Heimat vom geistigen Joch der Sieger!“

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Postfachnummer und -ort (z.B. 1000 Berlin)

Name (z.B. Herr/Frau/Mr./Mrs.)

Telefonnummer (z.B. 030 12345678)

E-Mail-Adresse (z.B. name@domain.de)

Bitte in deutscher Sprache ausfüllen

■ **Schweden (Stockholm)** - Erstmals ist in Schweden ein Deutscher wegen rassistischer Propaganda angeklagt. In der schwedischen Stadt Helsingborg findet derzeit ein Prozess gegen den 27-jährigen Marcel Schilf statt, der von der Staatsanwaltschaft beschuldigt wird, Videos und CDs mit rassistischen Inhalten hergestellt und anschließend verbreitet zu haben. Schilf, gebürtig in Brandenburg, zog 1997 mit seiner Firma NS88 aus Dänemark ins südschwedische Helsingborg. 1995 war Schilf, Kader der DNSB und der NSDAP/AO, einer der Organisatoren des Rudolf-Heß-Marsches im dänischen Roskilde. NS88 galt zeitweilig nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes als einer der weltgrößten Vertriebe für Neonazi-Propaganda.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-190

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Satz und Gestaltung:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
 Heidemarie Lehmann
 Herstellung:
 OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
 Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.
Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto.
 Nachweis erforderlich!
Halbjahresabonnement, Preis DM 32,- zzgl. Porto